Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

143 (12.4.1846)

Visual Library

Wochenblatt (LXII.)
als Fortsetzung der
Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 143.] Karlsruhe 1846. [12. April.]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Rundschau.

Vom 9. April.

Die Süddeutsche bringt uns heute (Nr. 67) in ihrem leidenden Artikel ein rührendes Bild hochherziger Entsagung. Wer erinnert sich nicht an die „ausgezeichnete" Flugschrift: „Landwehr gegen den badischen Landstand," an die „kräftige" Petition der Männer von Dogern und Birndorf, welche die Süddeutsche nicht nur gemacht, sondern auch im erhebenden Vorgefühle des Sieges abgedruckt hat, an die übrigen eben so zahllosen als trefflichen Flugschriften, womit sie, im Vereine mit Winterer, Eberlin und Comp. — dem unbekannten Centralcomite in Mannheim — einige Papierfabrikanten und Buchdrucker glücklich machte und vielen weiblichen Dienstboten hinreichenden Stoff verschaffte, um die Fenster ein Jahr lang zu putzen, damit Licht eindringe in die bescheidene Wohnung des Bürgers zu Stadt und Land? Wer erinnert sich nicht an die eindringlichen Redensarten gegen die liberalen Bürger in der Kammer, gegen die halbradikale, liberale, ministerielle Verwaltung, gegen die Verfassung, gegen Alles, was stürzen sollte, um der festgeknebelten Freiheit des jesuitischen Weltreiches Platz zu machen? — Und jetzt! Ach, nicht einmal Freiburg hat katholisch genug gewählt; selbst der Landbezirk Offenburg hat sich mit dem alten Knapp begnügt, der zwar viele gute Eigenschaften, darunter aber keineswegs die eines süddeutschen Kirchenlichtes hat. Statt 31 liberalen Bürgern kommen 34 in die Kammer, dazu noch Zittel, der Begründer der Motion gegen jesuitische Glaubenstyrannei, ferner Geheimer Rath Mittermaier, der Vertheidiger der Synoden und Obervogt Peter, der Freund von Gervinus und Welcker. Angesichts dieser herzerwärmenden Wirklichkeiten beginnt die Süddeutsche, wie die Freiburgerin, das selige Morgenblatt zu verläugnen, indem sie in ihrem leidenden Artikel von „einem Mannheimer Blatte" spricht, welches wiederholt den Rath gegeben habe, lauter Radikale zu wählen. „Radikale" ist nämlich der süddeutsche Kunstausdruck für liberale, d. h. constitutionell gesinnte Bürger, welche sich die Rechte nicht nehmen lassen wollen, die ihnen das Grundgesetz des Staates einräumt, und welche auf die guten Früchte nicht verzichten wollen, die ihnen die Verfassung verheißt, wenn sie sich bei den Wahlen tapfer halten. Jenes „Mannheimer Blatt," welches seine alten Freunde selbst nicht mehr kennen mögen, seit es vom Spitalpfarrer Winterer so garstig zugerichtet worden und nur noch von Hofrath Platz mit frischem Fleisch versehen wird, — jenes Mannheimer Blatt ertheilte zwar den guten Rath nur zum Scherz; allein das Volk hat Ernst gemacht und eine Mehrheit verfassungstreuer Bürger in die Kammer gesendet. Daran knüpft nun die Süddeutsche den weiteren guten Rath, die Regierung möge nun auch nach der Verfassung und den Gesetzen verwalten lassen, dann sei Alles in Ordnung. Sie drückt dies aber in ihrer eigenthümlichen Sprache etwas anders aus; nämlich: die Mitglieder der Regierung möchten entweder zurücktreten und den Radikalen Platz machen, oder sich mit ihnen vereinigen und um diesen Preis an ihren Stellen bleiben; letzteres werde ihnen ohnehin nicht schwer fallen, „da ihre Grundsätze von jenen der Radikalen nicht verschieden sind" (das sind die halbradikalen, liberalen, ministeriellen Ministerialräthe). Die Süddeutsche fügt sich übrigens ganz philosophisch in die Umstände. Sie sagt: „Wünsche sind eitle Dinge, Spielereien für wachende Träumer; Thaten sind Meister (d. h. wenn sie besser gelingen, als die Thaten der Süddeutschen bei den Wahlen) und der Gewinn praktischer Menschen. Was wir besitzen, sagen die Leute, das ist unser, wie wir es erreichen (sagt die Süddeutsche), ist gleichgültig. Also, wie die Sachen stehen, sind die Radikalen Herren, das muß man anerkennen, denn, will man es läugnen, so täuscht man sich selbst auf die traurigste Weise." Von einer zweiten Auflösung will die Süddeutsche durchaus nichts wissen, denn, sagt sie, „eine abermalige Auflösung würde nur zur Folge haben, daß

lauter Radikale und gar kein Ministerieller mehr in die Kammer gewählt würde." Ja, das Sprichwort sagt richtig: „Vorgethan und Nachbedacht hat Manchen in groß Leid gebracht." Das zeigt jetzt die Süddeutsche. O, hätte sie die vorige Kammer wieder, wie froh wäre sie. Wir glauben übrigens nicht an eine Herrschaft der Radikalen und bitten die Süddeutsche, sich darüber zu beruhigen. Die Bürger wollen nicht Minister werden; ihre Geschäfte erlauben es nicht, sie haben zum Regieren keine Zeit, und es ist ihnen überhaupt nicht angenehm, besonders einer Opposition, wie der süddeutschen, gegenüber. Wir haben im Gegentheil noch immer die Hoffnung, die ganze Kammer werde ministeriell werden. Dies ist ganz leicht zu machen; das Rezept dazu findet sich in den Protokollen von 1831, ist also nicht verloren gegangen. Es wird heute noch die nämliche gute Wirkung thun, wie damals, wenn man es nur anwenden will.

— Die Süddeutsche beschäftigt sich heute ferner mit den Freimaurern in der Schweiz, mit Gallizien, mit der Rede des Dr. Bluntschli im großen Rathe zu Zürich, über die Muckerei im Waadtland, mit einem Artikel des Dr. Dieringer in der katholischen Zeitschrift für Wissenschaft und Kunst, worin bewiesen wird, daß die Geistlichen in Sachen der gemischten Ehen der Obrigkeit nicht zu folgen brauchen, u. s. w.

Dann schreibt ein Mitarbeiter von der Kinzig, daß er die Seeblätter mit Indignation lese. Die Süddeutsche sollte dem Mann antworten, er müsse ja die Seeblätter nicht lesen und könne statt ihrer die Rundschau anschaffen. Endlich zeigt sie ein Werk über den Unterricht im Schönschreiben an, welches der Freiburger Z., die noch immer nicht schön schreiben kann, zu empfehlen ist.

— Wenn wir sagen, die Freiburger Z. könne nicht schön schreiben, so ist dies zu wenig gesagt; sie kann eigentlich gar nicht schreiben, sondern nur Gedrucktes abdrucken. Dies zeigt sie wieder deutlich in Nr. 96, welche weiter nichts Neues enthält, als die Anzeige, daß in der Pfaffengasse zu Freiburg zwei Zimmer für Herren leer stehen, weil zwei Mitarbeiter der Süddeutschen mit dem „Entwurzler" durchgegangen sind. Hätte sie doch wenigstens die Nachricht aus Hannover im Frankfurter Journal abgedruckt, daß die deutschkatholische Gemeinde in Hildesheim, bis jetzt die einzige in Hannover, die Anerkennung vom Staate erlangt hat.

— Dem Rheinischen Beobachter, der so unklug war, die Jesuiten, die er in der Schweiz angriff, in Deutschland zu vertheidigen oder zu läugnen, wird von Berlin aus tüchtig der Tert gelesen. Er muß in seiner eigenen Nummer 97 Abbitte thun, das verderbliche Treiben der Jesuiten in Rheinpreußen als vorhanden anerkennen und den Rheinländern drohen, wenn sie sich von den Jesuiten bestricken ließen, so bekämen sie keine Reichsverfassung, die im andern Falle für den Juli versprochen ist. Da wir nicht darauf bauen können, daß die Freiburger Z. den Artikel abdrucken werde, so entnehmen wir demselben folgende Stellen:

„Es gibt auch im Schooße der katholischen Kirche eine Macht, die mit dem Grundgesetz unserer bestehenden Staatseinrichtungen unverträglich ist; eine Macht, die durch die Kirche den Staat knechten, und selbst auf die Gefahr hin, den Frieden der Konfessionen durch blutigen Zwist zu stören, die Ausrottung des Protestantismus versuchen möchte. Kein Wunder, daß die von dieser Partei mit unabläßigem Eifer in's Werk gesetzten wühlerischen Umtriebe jeden Freund der Ordnung und des Friedens bedenklich machen mußten, ... eine Partei, welche sichtbar genug den Religionsfrieden bedroht und den preußischen Staat aus keinem andern Grunde haßt, als weil er mit Energie diejenigen Grundsatze geltend macht, die allein Frieden und Eintracht zu erhalten vermögen.

Von dieser so eben bezeichneten Partei fand sich vor 15 Jahren keine Spur in den Rheinprovinzen. Jeder Mann von Ehre hätte es für eine Schmach gehalten, an den Jesuitismus und das, was daran hängt, sich zu verkaufen. Erst als der Verfasser des Athanasius den traurigen Ruhm erwarb, die Eintracht und das Vertrauen der Herzen zerstört und den Samen einer gegen die preußische Regierung feindseligen Gesinnung ausgestreut zu haben, erst da vermochten die jesuitischen Machinationen Wurzel zu schlagen. Zwar ist die Zahl Derer, die zu dieser Fahne geschworen, noch immer verhältnißmäßig sehr gering: allein die zähe und durch keine Niederlage einzuschüchternde Hartnäckigkeit, womit auch diese Wenigen ihren Zweck verfolgen, die feinen Machinationen, deren sie sich bedienen, um die ihnen, und nur ihnen, geltenden Angriffe als gegen die katholische Kirche überhaupt darzustellen, — dies und die weit verzweigte Genossenschaft, die der antichristlichen Doktrin des Hasses und der Unterdrückung zum Anhaltspunkte dient, machen die Angelegenheit weit bedenklicher, als es Manchem auf den ersten Anblick scheinen dürfte. In den Gemüthern eines fröhlichen, harmlosen Volkes wird das Gift sich festsetzen und sie mehr und mehr den gemeinsamen Interessen des Staates entfremden.

Schmerzlich bedauern dagegen muß man, daß unter dem Volke nicht Solche zusammentreten, welche den Muth

haben, dem gefährlichen Unwesen offen die Stirn zu bieten und ihre Mitbürger vor den Folgen unchristlicher und staatsgefährlicher Grundsätze zu warnen. Muß es doch dem unbefangenen Sinne der Rheinländer einleuchten, daß die jesuitischen Einflüsterungen nur dazu führen, die Gemüther zu verbittern und in der Treue gegen Fürst und Vaterland wankend zu machen. Man darf sich hierüber keinen Täuschungen hingeben: der Jesuitismus, der die Grundsätze der Toleranz als eine feindselige Gesinnung gegen die katholische Kirche in Verruf zu bringen sucht, während sie lediglich seiner eigenen Unduldsamkeit und Herrschsucht gefährlich sind, muß der preußischen Regierung und ihren Prinzipien aus Grundsatz abgeneigt sein; der Staat, der überall humane Bildung und freie Entwickelung anstrebt, muß Denen ein Dorn im Auge sein, welche nur durch Unterdrückung der Wahrheit und des Rechtes bestehen. Nicht allein also, daß die Rheinländer, wenn sie sich, was ihre gesunde Natur hoffentlich verhüten wird, von den jesuitischen Netzen umstricken ließen, der ungehinderten Entwickelung unseres Staatslebens die bedenklichsten Hindernisse in den Weg legen würden: es kann ihnen auch nicht verborgen bleiben, daß der Jesuitismus sich selbst aufgeben müßte, wenn er sich mit einer Regierung vertragen wollte, die der Toleranz und dem Fortschritt huldigt. Käme daher der Jesuitismus in den Rheinlanden wirklich zu Geltung und Ansehen, so könnte die unausbleibliche Folge nur die sein, daß er die Bande zwischen Volk und Regierung so lange lockerte, bis sie am Ende zerrissen.

— Die Trierer Z. glaubt jetzt auch an eine preußische Konstitution, weil ohne sie eine nothwendige Anleihe von 80 Millionen Thalern nicht zu erhalten sei. Die Verfassung werde übrigens nur eine kleine Erweiterung der Provinzialstände sein; die Stände würden zwar das Steuerbewilligungsrecht erhalten, die Steuerverwendung aber werde die Regierung für sich behalten. Die Trierer Z. sollte die Konstitution einstweilen auf Abschlag nehmen, wenn sie auch nicht ganz zufrieden ist. Daß Stände, welche die Steuern bewilligen, nicht auch ein Wort bei der Verwendung mitreden, ist unmöglich.

— Nach der Breslauer Z. sind unter den Bauern in Gallizien schlaue Köpfe, welche behaupten, jetzt, da die Grundherren todt seien, gehöre das Land ihnen und nicht den österreichischen Beamten. Sie wollen daher nicht nur keine Abgaben mehr zahlen, sondern auch noch den größten Theil des Landes, das den Grundherren gehörte, zu Eigenthum haben. In Wien heißt man dies die Antirevolution.

— Eine Reihe von Aufsätzen „Zur Geschichte des 13. Artikels der deutschen Bundesakte", für das Mannheimer Journal bestimmt, hatte vor der Schere der früheren Censur keine Gnade gefunden. Jetzt passiren sie stückweise. Von einem die Einleitung, von einem andern das Mittelstück, aber nicht das Ganze im Zusammenhang, obgleich Alles rein geschichtlich gehalten ist. Heute (Nr. 97) lesen wir z. B. von einem dieser Aufsätze, betitelt „die Gegenwart", die Einleitung, wie folgt:

Das Jahr 1840 war für Deutschland von bedeutenden Folgen. Die von Frankreich drohende Invasion regte wieder unser Nationalgefühl auf und dieses wurde, da sich unsere Regierungen, namentlich die zwei großen absoluten, bedroht sahen, von diesen eifrigst unterstützt, ja auf eine Weise, welche in auffallendem Contraste mit den Gesinnungen stand, die von ihnen in der reactionären Zeit der dreißiger Jahre ausgesprochen wurden. Denn man hoffte in dem ersten Augenblicke, das deutsche Nationalgefühl würde sich nur gegen die drohenden Franzosen kehren, nicht aber zugleich auch auf die innern Zustände unseres Vaterlandes seine Blicke wenden. Aber man täuschte sich hierin. Die Idee der Freiheit, lange bei uns in Fesseln gehalten, benutzte den ersten günstigen Moment eines freieren Aufathmens dazu, um wieder an das Licht des Tages zu treten. Alle jene Güter freierer Nationen, Güter, deren auch wir ehemals theilhaftig gewesen, da sie eigentlich von uns den andern Völkern mitgetheilt worden, wurden nun mit frischem Muthe von der deutschen Nation verlangt und zwar als ursprünglich deutsche Güter. In einem Nu hatte die öffentliche Meinung wiederum eine Stärke erlangt, wie sie in den glücklichsten Zeiten der dreißiger Jahre nicht größer gewesen, ein politisches Bewußtsein trat in Kurzem zu Tage, welches den Aufmerksamen zu der Hoffnung berechtigen konnte, daß die Sache der Freiheit noch keineswegs verloren sei; denn dieses Bewußtsein gründete sich auf zwar schmerzliche aber desto heilsamere Erfahrungen und zeigte sich weniger in auflodernder Leidenschaft, als in consequentem Handeln und sicherem Takte. Nie waren so viele Vereine ins Leben getreten, um die Sache der Freiheit zu fördern, um die rüstigsten Vorkämpfer derselben gegen etwaige Verfolgungen sicher zu stellen, nie hatte ein solcher Sinn sich in dieser Weise fast aller Gegenden Deutschlands bemächtigt.

Eine Rückwirkung dieser Erscheinung auf die Ständeversammlungen konnte nicht ausbleiben. Zuerst trat die badische, in welcher seit den letzten Jahren die Regierungspartei immer die Majorität hatte, in entschiedene Opposition gegen die Regierung, als sie die Urlaubsfrage in dem Sinne der Wiener Conferenzbeschlüsse in Anwendung brachte. Eine Auflösung der Kammer hatte nur die Folge

daß eine viel energischere zusammen kam, in welcher die Majorität zweifelsohne auf Seite der Opposition stand. Mit der badischen Kammer wetteiferte nun bald die sächsische, die würtembergische rekrutirte sich auch wieder aus den früher zurückgetretenen Mitgliedern der Opposition, selbst in kleineren Ländern entfaltete sich ein regeres ständisches Leben, wie in Braunschweig, Coburg, Anhalt-Köthen, sogar Mecklenburg, das bisher an dem modernen Verfassungswesen gar keinen Antheil genommen, schloß sich jetzt an die Forderung der Zeit an, auch an der fernsten Spitze des deutschen Nordens, in Schleswig-Holstein, zeigte sich eine gewaltige Bewegung und endlich trat in Baiern, wo die Stände seit dem Jahre 1831 fast ganz in Verfall gekommen waren, eine so gewichtige, energische und nachhaltige Opposition auf, daß, wie die jüngsten Nachrichten bewiesen, die Regierung zu einer und der anderen Concession sich genöthigt sah . . .

. . (Hier, wo der Aufsatz anfängt, auf die Gegenwart überzugehen, hat die Mittheilung ein Ende. So wird die deutsche Presse behandelt und dadurch wird sie zum Gespötte der übrigen Nationen!).

Uebersichtliche Darstellung der Wahlbewegung in Baden im April 1846.

1.		2.	3.	4.	5.	6.	7.
1845.		Wiedergewählt wurden			Neugewählt wurden		1846
			in andern Bezirken				
Zusammensetzung der II. Kammer.	Zahl.	in ihren früheren Bezirken.	früher ministerielle.	früher liberale.	in früher ministeriellen Bezirken.	in früher liberalen Bezirken.	Zahl.
I. Ministerielle.							
a. Beamte (Staatsdiener)	21	9	2	—	3	3	17
b. Geistliche und Lehrer . . .	1	—	—	—	—	—	—
c. Bürger . .	8	6	—	—	1	2	9
Summe I.	30	15	2	—	4	5	26
II. Liberale.							
a Beamte . .	1	1	—	—	—	—	1
b. Geistliche und Lehrer . . .	1	—	1	—	1	—	2
c. Bürger . .	31	24	4	2	3	1	34
Summe II.	33	25	5	2	4	1	37
Total I. u. II.	63						63

Bei Aufstellung dieser Uebersicht wurde vorausgesetzt:

1) daß der 7., 35. und 39. Wahlbezirk ihre früheren Vertreter wieder wählen (Gottschalk, Hecker und Seltzam).

2) daß Karlsruhe einen ministeriellen Beamten und neben Knittel noch einen ministeriellen Bürger wähle.

3) daß v. Itzstein für Bretten, Zittel für Durlach, Schaaff für Mosbach annehmen, die Bezirke Offenburg (Stadt) und Lörrach liberale Bürger, Ettlingen-Rastatt einen ministeriellen Beamten wählen.

Ferner ist Mittermaier zu den Liberalen und zwar unter b. (Lehrer) gezählt; Bader unter die ministeriellen, v. Itzstein und Welcker zu den liberalen Bürgern, zu denen sie längst gehören.

Aendert sich Etwas an diesen Voraussetzungen und Annahmen, so ist die Uebersicht darnach zu berichtigen.

Briefe.

* Aus einer badischen Amtsstadt, im April. Seit drei Wochen hielt sich in unserem Städtchen, dessen Namen mit S. anfängt, eine Schauspielergesellschaft auf, um eine Reihe von Vorstellungen zu geben Vor einigen Tagen, es war ein Freitag, wurde „Er muß auf's Land, oder keine Tartüffes mehr," gegeben. Der junge Held, Cäsar von Rong, war in seiner Strafpredigt so feurig, daß er bei Erwähnung des zeitgemäßen Fortschrittes Itzstein und Hecker hoch leben ließ, den constitutionellen Monarchen getreu nach seiner Rolle schilderte und die Freiheit stark betonte. Was war die Folge? — Ein amtlicher Erlaß, welcher der Gesellschaft jedes weitere Auftreten untersagte. Sie verließ am folgenden Tage die Stadt, doch nicht ohne Unterstützung von Seiten der Bürger, und begab sich nach W. — Immer noch hat Uhland recht: „Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst." Was war aber die weitere Folge? — Der ganze Wahlbezirk führte das Stück auf: „Er geht auf's Land oder keine Tartüffes mehr." Der frühere Abgeordnete ging vom Land, der neue Gewählte von der Stadt auf's Land.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg